

Antrag - Nr. StVV - AT 31/2016 (§ 36 GStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.09.2016		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Neuorganisation der städtischen Arbeitsmarktpolitischen Gesellschaften (GRÜNE)

Bremerhaven ist von einer hohen verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Zu ihrer Bekämpfung hat die Kommune mehrere städtische Gesellschaften gegründet und stellt seit Jahren, ergänzend zu den Fördermitteln des Bundes, erhebliche eigene monetäre Mittel bereit. Die Fördermittel des Bundes sind seit 2011 erheblich gekürzt worden. Aufgrund dieser Kürzungen sind die städtischen Gesellschaften in eine schwierige wirtschaftliche Lage geraten.

Die Haushaltslage der Stadt führt dazu, dass fehlende monetäre Mittel des Bundes nicht mehr durch die Kommune aufgefangen werden können. Gleichzeitig macht es die hohe Langzeitarbeitslosigkeit absolut notwendig, dass sich die Stadt weiterhin bemüht, den Betroffenen eine Perspektive zu geben. Aus diesem Grund muss die Arbeitsmarktpolitik in städtischen Gesellschaften neu organisiert werden. Zielsetzung hierbei muss die Organisation der vorhandenen Gesellschaften „aus einer Hand“ (Zusammenführung) sein. Vorhandene Mittel müssen zur Unterstützung der Betroffenen und nicht primär zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsstruktur eingesetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen.

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. dem zuständigen Fachausschuss für Arbeit und Soziales sowie der Stadtverordnetenversammlung bis Ende 2016 ein Konzept zur Neuorganisation „aus einer Hand“ der in städtischen Gesellschaften stattfindenden Arbeitsmarktpolitik vorzulegen.
2. Dieses Konzept muss erstens detailliert die Umsetzung der Neuorganisation (Zusammenführung) der Gesellschaften darstellen und zweitens deren zukünftige arbeitsmarktpolitische Ausrichtung.

Gez.
Petra Coordes
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN